

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Ercheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Mittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei
ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der bessere Mann“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbelle“,
„Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Adr.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechspaltige 10mm hohe (Netto-) Zeile oder deren
Raum mit 15 Pfg. berechnet, auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung ent-
sprechender Rabatte. Beilagen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit
für Abdruck, Druckfehler und Beilegung ausgeschlossen. Annahmepreis
für Abdruck und Auslieferung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 144

Donnerstag, den 1. Dezember 1932

25. Jahrgang.

Zwischenspiel in Weimar

Dreistündige Beratungen der nationalsozialistischen Führer

Der Schulden-Streit

— Berlin, 1. Dezember.

Der 15. Dezember, der Tag der nächsten Fälligkeit
der Schuldentilgungen in Amerika, hat durch die bisher-
igen Bemühungen der Mächte nichts von seinem „Schrecken“
verloren. Obwohl die Frist bis zu dem Fälligkeitstermin nur
noch sehr kurz ist, ist es auch heute noch völlig ungewiss, ob
in welcher Form die Schuldner an diesem Tage ihren
Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten nach-
kommen werden. Sämtliche Schuldner halten betätigtlich un-
entscheidbar nach der amerikanischen Präsidentenwahl um einen
Auslassung der am 15. Dezember fälligen Schuldentilgungen
verhandelt, bis eine neue Regelung der ganzen Schuldentil-
gung gefunden sei. Diejenige Vorlage hat Präsident Hoover in
Vereinbarung mit seinem neugewählten Amtsnachfolger
Knox rundweg zurückgewiesen und die Einzahlung des
Zahlungstermins in aller Form verlangt. Alle Welt ist jetzt
darauf gespannt, wie die Schuldnerstaaten dieser Forderung
nachkommen werden.

Bisher hat sich lediglich Italien zur Zahlung bereit
erklärt, wohl in der Hoffnung, bei einer etwaigen Neuverge-
bung des Schuldensystems für sein entgegenkommendes Ver-
halten besonders belohnt zu werden. Andererseits haben aber
auch einige Schuldner, allerdings nur kleine Staaten, wie
z. B. Griechenland, ihre Zahlungsfähigkeit offen zu-
gegeben. Für die großen Staaten wäre natürlich ein solches
Bekenntnis von katastrophaler Wirkung, da es eine Wäh-
rungsentscheidung und eine Untergrabung des Kredits zur
Folge haben müßte. England und Frankreich haben sich des-
halb bis jetzt gehalten, mit dem Argument der Zahlungs-
unfähigkeit zu operieren und wollen lieber einen neuen Ver-
trag unternehmen, um Amerika doch noch für eine Ver-
längerung der Zahlungen zu gewinnen. Sowohl in Paris wie in
London beschäftigt man sich deshalb in den letzten Tagen mit
der Ausarbeitung von neuen Noten, in denen noch einmal die
Beitende für einen Zahlungsausschub ausführlich dargelegt
werden.

Für England ist die Lage besonders heikel. Es ist ein
offenes Geheimnis, daß die englische Regierung ihren Ver-
pflichtungen nur durch einen Kniff auf ihre Goldreserven
nachkommen kann. Nach bisher unbefriedigenden Verhandlungen
mit der Veranschauligung englischer Goldbarren nach Was-
hington begonnen worden sein; doch kann es sich hierbei auch
um eine Vorstudie amerikanischer Banken handeln. Die
sich das kurzfristige Anziehen des Goldpreises in London zumeist
gemacht haben. Jetzt steht auf jeden Fall, daß eine Abtragung
der amerikanischen Zahlung in Gold oder Devisen dem
Sturz des englischen Pfundes, das in diesen
Tagen durch das Vorgehen der perfiden Regierung gegen
die englisch-perfidische Petroleumgesellschaft und damit gegen
die englische Regierung als Großaktion dieser Gesellschaft
einen neuen Tiefstand erreicht hat, noch beschleunigen würde.
Die englische Antwortnote in der Schuldenfrage wurde des-
halb in den Kreisen der englischen Finanz- und Handelswelt
aufs schärfste umstritten. Die fällige Rate beträgt 30 Milli-
onen Dollar an Kapitalrückzahlung und 65,55 Millionen für
Zinsen. Wahrscheinlich wird sich England demühen, den Ame-
rikanern soweit wie möglich, selbst unter erheblichen Opfern,
entgegenzukommen, da es sich der bestimmten Hoffnung hin-
gibt, daß Amerika bei der kommenden Schuldenregelung den
besonderen Währungsschwierigkeiten Englands Rechnung
tragen wird.

Wenn aber England sich zur Zahlung entschließt, dann
kann Frankreich nicht anders handeln. Dadurch wird
aber die französische Regierung in eine sehr peinliche Lage
geraten. Obwohl nämlich das reiche, in Gold bald erfindende
Frankreich ohne Schwierigkeit seinen Verpflichtungen am 15.
Dezember nachkommen könnte, herrscht im französischen Pu-
blikum ebenso wie im Parlament die Auffassung, daß Frank-
reich nicht länger Kriegsschulden zahlen dürfe als Deuts-
chland und Reparationen und daß sich die Regierung daher auf
den kleinsten Ratenzahlung aufschärfte widerlegen müsse.
Die Rechtsopposition in der Kammer hat sich die Situation
schon jetzt zunutze gemacht und durch den Abgeordneten Marin
die Forderung erhoben, daß Frankreich, wenn Amerika hart-
näckig bleibe, das Abkommen von Lausanne für nichtig er-
klären und die Wiederaufnahme der Reparationszahlungen
durch Deutschland verlangen müsse. Weiter forderte Marin,
daß in der Kammer eine öffentliche Aussprache über die
Schuldenfrage stattfinden müsse, noch ehe die neue Note nach
Washington abgegangen werde. Herriot lehnte eine sofortige
Debatte ab, versprach jedoch, das Kabinett nicht vor einer voll-
ständigen Entscheidung zu stellen, sondern seine Entscheidung vor dem
15. Dezember dem Parlament zur Billigung zu unterbreiten.
Daher die Kammer nicht auf eine sofortige öffentliche Ent-
scheidung verzieht, will Herriot vorher die Vertrauensfrage stel-
len, was unter Umständen sehr leicht zu einer Regierungs-
krise führen könnte.

Offenbar will Herriot seine Haltung von der Ent-
scheidung Englands abhängig machen und erst den Wortlaut
der zweiten englischen Note abwarten. In französischen Re-

gerungstreifen argwöhnt man nämlich, daß England mit
Amerika ein Abkommen über seine weiteren Verpflichtun-
gen abschließen will, unabhängig davon, ob Frankreich eben-
falls einen befriedigenden Abschluß erreichen kann. Dies
würde nach transatlantischer Auffassung den nützlichen Aus-
gleich widerprechen, die Herriot in Lausanne von Mac-
donald erhalten hat, wonach England im Interesse der Na-
tionalisierung der Lausanner Vereinbarungen mit den Ver-
einigten Staaten nicht eher abschließen werde, falls dies
nicht auch Frankreich möglich sei.

Die Belorgnisse Herriots sind nicht ganz unbegründet,
denn die letzten Meldungen aus Amerika lassen erken-
nen, daß man in Washington für die englische Finanznot
wachendes Verständnis zeigt und eine „mildere Beur-
teilung des englischen Falles“ in Erwägung
zieht, während das wirtschaftlich starke Frankreich erheblich
schärfer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen herangezogen
werden soll. Erst dieser Tage hat der amerikanische Senator
Harrill in seiner Mundfunkrede erklärt, daß Frankreich,
das große Goldreserven besitzt und die amerikanische Wäh-
rung attackiert habe, absolut keinen Grund zur Revision oder
zur Streichung der Schulden habe. Aus all diesen Gründen
glaubt man in Paris schließen zu müssen, daß England be-
deutend glimpflicher von Amerika behandelt werden soll
und deshalb keine Bedenken tragen würde, die Lausanner
Vereinbarung mit Frankreich zu Gunsten der Klärung seiner
eigenen Beziehungen mit Amerika preiszugeben. Die
Schuldenfrage wird jedenfalls in der nächsten Zeit alle übr-
igen Fragen der internationalen Politik weit überstatten.

Führer-Konferenz der NSDAP

Dreistündige Aussprache in Weimar.

— Berlin, 1. Dezember.

Nach der sensationellen Wendung in den Bemühungen
um die Neubildung der Reichsregierung, wie sie darin zum
Ausdruck kam, daß eine neue Führungsnahme des Reichs-
wehrministers mit Adolf Hitler angestrebt wurde, hat es neue
Ueberraschungen gegeben: Die für Mittwochvormittag in
Aussicht genommene Aussprache des Generals von Schle-
cher mit Adolf Hitler ist nicht zustande gekommen. Adolf
Hitler hatte vielmehr nach der neuen Wendung eine Führer-
konferenz nach Weimar einberufen, deren Verhandlungen
sich über drei Stunden erstreckten.

An dieser Besprechung nahmen außer Adolf Hitler noch
teil: der mit Hitler nach Weimar gekommene Stabschef der
SL, Hauptmann Köhm; sowie Dr. Goebbels, der am Abend
zuvor in Jena gesprochen hatte, und die im Kraftwagen aus
Berlin nach Weimar gefahrenen Abgeordneten Staatsmini-
ster a. D. Dr. Fritsch und Straßer sowie Reichstagspräsident
Göring.

Das Thema dieser Führerbesprechung bildete natürlich
die angeregte neue Zusammenkunft Hitlers mit General von
Schleicher. Es wird behauptet, daß Reichstagspräsident
Göring und Dr. Goebbels Gegner einer solchen Zusammen-
kunft seien. Der „Angriff“ legt jedoch gegenüber diesen Be-
rückten Verwahrung ein und behandelt sie als einen „Ver-
such, die verschiedenen Unterführer der Partei gegeneinan-
der auszuspielen“. Das Blatt erklärt weiter, daß das Er-
gebnis der Besprechung keinesfalls eine Änderung der
grundsätzlichen Anschauungen sei und bezeichnet alle Ver-
handlungen, solange nicht eine Aenderung des Berliner
Kurses erfolge, als „unnütze Zeitverschwendung“.

Gleichberechtigung in Raten?

Neue Unterredung des amerikanischen Delegationsführers
mit Herriot und Paul-Boncour.

— Paris, 1. Dezember.

Der Führer der amerikanischen Abrüstungsdelegation,
Norman Davis, der seit einigen Tagen in Paris weilte, hatte
erneut eine Besprechung mit dem französischen Minister-
präsidenten Herriot und mit dem Kriegsminister Paul-Bon-
cour. In dieser Unterredung, die 45 Minuten dauerte, soll
es Norman Davis gelungen sein, „die Bedenken Herriots
und Paul-Boncours in der Gleichberechtigungsfrage zu zer-
streuen“. Nach der Unterredung mit dem amerikanischen
Unterhändler hatten der Ministerpräsident und der Kriegs-
minister noch eine Aussprache unter sich.

Wie die Tages-Agentur mitteilt, will Herriot, falls
nicht ungünstige Umstände einen der Verhandlungsteilneh-
mer verhindern sollten, am heutigen Donnerstag oder am
Freitag nach Genf reisen, um dort an den Besprechungen
der Vertreter der fünf Mächte jeweils Wiederaufnahme der
Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

In politischen Kreisen verläuft, daß zwischen den An-
sichten Norman Davis' und Herriots über die Abrüstung und
die Konferenzen eine Annäherung erfolgt sei, doch wird

völliges Stillschweigen über den Inhalt ihres Gedankens-
austausches beobachtet. Der „Petit Parisien“ will erfahren
haben, daß die Ueberzeugungskraft Herriots und das Ver-
ständnis Norman Davis' frühzeitig getragen hätten; so daß
die Abreise Herriots nach Genf nun nicht mehr lange ver-
schoben zu werden brauche.

In einer anderen Information ist davon die Rede, der
französische Ministerpräsident habe den Vorschlag Norman
Davis', die Durchführung der Gleichberechtigung von 8 bis
12 Jahren auszudehnen, günstig aufgenommen.

Macdonalds Reiseplan

Der englische Ministerpräsident Macdonald dürfte noch
am heutigen Donnerstag in Begleitung des Außenministers
Sir John Simon nach Genf fahren. Man erwartet, daß
die Fünfmächtebesprechungen über die Möglichkeit einer
Rückkehr Deutschlands zum Konföderat bereits am Frei-
tag beginnen können, falls Freiherr von Neurath in der
Lage ist, an ihnen teilzunehmen.

Arbeitsbeschaffung in Thüringen

Bereitstellung von fünf Millionen Mark von der Staats-
regierung beabsichtigt.

— Weimar, 1. Dezember.

Die thüringische Staatsregierung gibt ein Arbeitsbeschaf-
fungsprogramm bekannt, für das fünf Millionen Mark vor-
gesehen sind. Diese fünf Millionen Mark sollen wie folgt
verwendet werden: 500 000 Mark für den Wohnungsbau,
1 Million Mark für Straßenbau, 500 000 Mark für Repara-
turen an staatlichem Grundbesitz (Landeskrankenhäuser, Do-
manen, Polizeieinkünfte usw.), 500 000 Mark für Boden-
verbesserungen usw., 500 000 Mark für Flugregulierungen.

Die restlichen zwei Millionen Mark werden den Ge-
meinden zur Arbeitsbeschaffung nach ihren lokalen Bedürf-
nissen zur Verfügung gestellt, wobei Vorzüge dafür getrof-
fen ist, daß die Gelder nicht für andere kommunale Zwecke
sondern nur zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung verwendet
werden können.

Die volle Summe von fünf Millionen Mark wird also
der thüringischen Wirtschaft, dem Bauhandwerk, dem Ge-
werbe und dem Handel zufließen. Die Arbeiten sollen je
nach ihrer Eigenart teils in freier Vergebung, teils als Not-
standsarbeiten, teils im freiwilligen Arbeitsdienst vergeben
werden. Mit den fünf Millionen Reichsmark wird für rund
eine Million Tagewerke Arbeit geschaffen werden.

Neue Reichsbahn-Aufträge

Beschlüsse des Verwaltungsrates. — Starter Einnahmerück-
gang im laufenden Jahr.

— Berlin, 1. Dezember.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesell-
schaft beschäftigte sich in zweitägiger Sitzung mit laufenden
Angelegenheiten. In den Beratungen über das Finanzergeb-
nis wurde festgestellt, daß sich in den ersten zehn Monaten
des Jahres 1932 der Rückgang der Einnahmen gegenüber
dem Vorjahre auf 26,6 Prozent, gegenüber dem Jahre 1929
auf 46,5 Prozent beläuft. Die Gesamteinnahmen aus den
Personen- und Gepäckverkehr blieben bisher gegenüber 1931
um 22,1 Prozent, gegenüber 1929 um 36,5 Prozent zurück.
Die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr sind gegenüber
1931 um 27,7 Prozent, gegenüber 1929 um 51,2 Prozent zu-
rückgeblieben.

Die Finanzierung der gesamten für die Arbeitsbeschaf-
fung vorgesehenen 280 Millionen RM ist nunmehr gelöst.
Der Verwaltungsrat verfügte, nachdem er in der Septem-
ber-Sitzung über die Verwendung der 180 Millionen RM Be-
schluß gefaßt hatte, nunmehr auch über die Verteilung der
noch restlichen 100 Millionen RM. Sie werden für Oberbau,
sonstige bauliche Anlagen, für Fahrzeuge, Maschinen sowie
für Neubauten verwendet.

Die Begnadigung in Preußen

Antrag auf gerichtliche Entscheidung erst nach Ablehnung der
Begnadigung.

— Berlin, 1. Dezember.

Die Verteidiger des Geldbrieffälschermörders Reins
haben, da die Entscheidung über Begnadigung oder Straf-
vollstreckung an dem zum Tode verurteilten Mörder in näch-
ster Zeit bevorsteht, kürzlich den Versuch unternommen, auf
gerichtlichem Wege die Frage zu klären, ob in Preußen die
kommissarische oder die alte Regierung zur Begnadigung be-
rufen sei. Bekanntlich nehmen sowohl die Kommissare auf
Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. No-
vember, wie die Regierung Braun-Seydewitz in ihrer Ver-
ordnung vom 24. November das Begnadigungsrecht für sich in
Anspruch. Die Frage, wer nun in Preußen begnadigen darf,
wird deshalb prinzipiell geklärt werden müssen, zumal der
Fall Reins gleichfalls für die noch der Erledigung harren-

Den übrigen Todesurteile in Preußen von Bedeutung sein wird.

Von maßgebender Seite wird aber darauf hingewiesen, daß vor einer Entscheidung über Vergnügung oder Strafvollstreckung eine Anrufung der Gerichte auf Grund des § 458 B. St. O. nicht möglich ist. Vielmehr sei dieser Schritt erst gegeben, wenn bereits die Strafvollstreckung angeordnet sei und nun geklärt werden sollte, ob die Vollstreckung der Todesstrafe in diesem Falle zulässig wäre.

Eine Anrufung der Gerichte vor dem Entscheid der Gnadeninstanz ist schon deshalb nicht möglich, weil man sich vorstellen könnte, daß vielleicht das Kammergericht in Berlin in dieser schwierigen außerordentlichen Frage einen anderen Standpunkt einnehmen könnte als irgendein preußisches Oberlandesgericht, so daß auch auf diesem Wege eine endgültige Klärung unmöglich wäre.

Weitere Personalveränderungen

Beschluß des Reichskommisars.

— Berlin, 1. Dezember.

Die Kommissare des Reiches in Preußen haben folgende Personalveränderungen beschlossen:

Ministerialrat Schöner (Innenministerium) wird zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. ernannt; Vondrat Wallroth-Flensburg wird zum Regierungspräsidenten in Schleswig ernannt; Regierungspräsident Dr. Wegg in Schleswig wird auf Grund des Paragraph 3 der Verordnung vom 26. Februar 1919 unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einweisen in den Ruhestand versetzt; der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Berlin-Charlottenburg von Hante wird zum Regierungspräsidenten in Liegnitz ernannt; Vondrat Mengel aus Freimünde a. D. wird zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Berlin-Charlottenburg ernannt.

Zu Landräten werden ernannt:

die Landratsamtsverwalter Regierungsrat Funk im Kreis Sensburg, Bez. Allenstein, und Regierungsrat Dr. Doerksen im Kreis Franzburg-Barth (Sitz Barth). Als Landräte werden wiederverwendet und ihnen das Landratsamt endgültig übertragen: die Landratsamtsverwalter Vondrat i. e. R. Freiherr von Löwenstein im Kreis Burgdorf, Bez. Lüneburg, und Landrat i. e. R. Fleischer im Kreis Neubabensleben.

Dem mit der Wahrnehmung der Landratsgeschäfte im Kreis Flensburg vertretungsweise beauftragten Regierungsrat Reeder wird an Stelle des ausscheidenden Landrats Wallroth die kommissarische Verwaltung des Landratsamts in Flensburg übertragen.

Die kommissarische Verwaltung des Landratsamts wird übertragen im Kreis Mohrungen, dem mit der Wahrnehmung der Landratsgeschäfte vertretungsweise beauftragten Regierungsrat Dr. Freiherr von Rangel; im Kreis Einbeid, dem mit der Wahrnehmung der Landratsgeschäfte vertretungsweise beauftragten Regierungsrat Lindig; im Kreis Falkenberg, Reg.-Bez. Oppeln, dem mit der Wahrnehmung der Landratsgeschäfte vertretungsweise beauftragten Regierungsrat Dr. Laug; im Kreis Glogau, Reg.-Bez. Liegnitz, dem Landrat i. e. R. Gail aus Einbeid.

Der Oberregierungsrat bei der Regierung in Düsseldorf Ulrich wird zunächst mit der vertretungsweise Wahrnehmung der Landratsgeschäfte im Unterlahnkreis (Sitz Diez), Reg.-Bez. Wiesbaden beauftragt und ihm nach dem endgültigen Ausscheiden des Landrats Scheuern am 1. April 1923 die kommissarische Verwaltung des Landratsamts in Diez übertragen.

Veränderungen in der Justizverwaltung.

Im preußischen Justizministerium werden ernannt: der Ministerialdirektor Dr. Wirth zum Ministerialdirektor der Hilfsarbeiter Oberlandesgerichtsrat Krieger und der Oberjustizrat Wunram zu Ministerialräten. Zu Landgerichtspräsidenten werden ernannt: in Arnberg der Amtsgerichtsdirektor Bauer in Münster und in Essen der Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Hamm Heermann.

Koalitionsende in Baden

— Karlsruhe, 1. Dezember.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Ruedert hat in einem Schreiben an den Badischen Landtag sein Amt als

Staatsrat und stellvertretender Innenminister niedergelegt. Damit ist die Sozialdemokratie im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in der Konfessionsfrage endgültig aus der badischen Regierung ausgeschieden.

Rußlands Außenpolitik

Ustwinow über den Nichtangriffspakt und die Abrüstungsverhandlungen.

— Moskau, 1. Dezember.

Der Leiter der russischen Außenpolitik, Volkskommissar Ustwinow, äußerte sich in einer Unterredung mit einem französischen Journalisten über die Bedeutung des in Paris unterzeichneten russisch-französischen Nichtangriffspaktes. Ustwinow führte aus, die Unterzeichnung gewinne erhöhte Bedeutung durch die gleichzeitig erfolgte Bestätigung des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes. Der neue Vertrag werde in den französisch-russischen Beziehungen eine neue Atmosphäre schaffen und das Misstrauen zwischen beiden Ländern beseitigen. „Bei der Solidarität der gesamten bürgerlichen Welt Ruhe nicht ein, warum Frankreich allein ein besonderes Interesse daran haben sollte, die Sowjetunion zu bekämpfen.“ Nachdem Ustwinow dann noch der Hoffnung auf eine Erweiterung des beiderseitigen Handelsverkehrs Ausdruck gegeben hatte, fuhr er fort:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Idee der Nichtangriffspakte sich auf der Linie der Bestrebungen Herrichts bewegt. Seine Idee von der Sicherheit ist uns durchaus nicht fremd, wir begrüßen seine letzte Erklärung, daß die Garantie der Sicherheit aller Staaten angestrebt sei.

Infolge des zweifelhafte Ausganges der Abrüstungskonferenz müssen alle Staaten besonders bemüht sein, Mittel zur Erhaltung des Friedens ausfindig zu machen. Obwohl wir seit davon überzeugt sind, daß die beste Methode, den Frieden zu erhalten, in der allgemeinen Abrüstung oder wenigstens in einer sofortigen beträchtlichen Herabsetzung der Rüstungen besteht, lehnen wir durchaus nicht andere Möglichkeiten, den Frieden zu sichern, ab, auch wenn sie weniger wirkungsvoll wären.

Gleichzeitig mit dem Nichtangriffspakt ist auch ein Vergleichsabkommen unterzeichnet worden. Dieses Abkommen umfaßt acht Artikel, von denen der erste besagt, daß alle Streitigkeiten zwischen Frankreich und der Sowjetunion, gleichviel welcher Art sie seien, soweit sie nach Infraktion des Abkommens auftreten und auf diplomatischem Wege nicht geregelt werden können, zwecks freundschaftlicher Beilegung einem Vergleichsausschuß unterbreitet werden sollen. Die erste Sitzung des Vergleichsausschusses, der abwechselnd in Paris und Moskau tagen wird, soll in Moskau stattfinden.

Französische Kritik am Pakt

— Paris, 1. Dezember.

Der russisch-französische Nichtangriffspakt erfährt nach der Veröffentlichung seines Wortlauts in der Pariser Presse Kritik. So erklärt Bertinax im „Echo de Paris“, der Wortlaut sei „noch ungünstiger“, als der vor einigen Tagen veröffentlichte Auszug. Die beiden Ziele, die bei den Verhandlungen vorgeschwebt hätten — Herstellung des Gleichgewichts im französisch-russischen Warenaustausch und „Trennung der Roten Armee von der Reichswehr“ (1) durch die Feststellung, daß ein von der Reichswehr unternommener Angriff von der Roten Armee nicht unterstützt werden würde — seien nicht erreicht worden. Die russischen Bestellungen blieben wahrheitsgemäß von Krediten abhängig, die niemand bewilligen werde, und Rußland habe volle Handlungsfreiheit behalten für den Fall, daß Frankreich angegriffen werde, da der Vertrag keine Auslegung des Begriffs „Angriff“ enthalte. Die Russen hätten andererseits erreicht, daß Frankreich ferner die georgische Abordnung, die seit der Aufhebung der Unabhängigkeit dieses kleinen kaukasischen Staates in Paris bestanden hat, ausweise. Die Einladung an Rumänien, die darin zu erblicken ist, daß Rußland innerhalb von Monaten auch den Vertragsentwurf mit Rumänien zu unterzeichnen bereit ist, bezeichnet Bertinax als „außerordentlich ungewöhnlich“.

Politische Rundschau

— Berlin, den 1. Dezember 1932.

Das Erweiterte Schöffengericht Trier verurteilte den Kaufmann Lambert aus Gerolstein wegen Verleitung Sch-

demann zu sechs Monaten Gefängnis.

Bagens Vertretung in Berlin. Der stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichsrat, Ministerialdirektor Speer, ist bis auf weiteres mit der Führung der Geschäfte der bayerischen Gesandtschaft in Berlin und der stellvertretenden Führung der bayerischen Stimmen im Reichsrat betraut worden.

Rundschau im Auslande

Die seit einigen Tagen in Warschau geführten deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen haben eine Unterbrechung erfahren und sollen am 12. Dezember wieder aufgenommen werden. Man erwartet einen baldigen Abschluß.

Der frühere französische Ministerpräsident und Finanzminister Caillaux, der in den ihm nahestehenden Kreisen häufig als der einzige genannt wird, der fähig wäre, Ordnung in die Staatsfinanzen zu bringen, ist zum Vorkommen des Finanzministeriums des Senats gewählt worden.

Faustkampf in der rumänischen Kammer.

In der rumänischen Kammer kam es zu einem Handgemenge zwischen dem Sohn des Rastenkaufläufers Cusa und dem jüdischen Abg. Weismann. W. erhielt drei Schläge ins Gesicht; Cusa wurde anschließend vom Disziplinarausschuß für 30 Sitzungstage ausgeschlossen.

Konferenz nächste Woche

Weitere diplomatische Vorbereitungen erforderlich. — Für Vorschläge der amerikanischen Abrüstungsdelegation.

— Genf, 30. November.

Die anfangs für diese Woche vorgesehene Genfer Besprechung der fünf Mächte über die deutsche Gleichberechtigung dürfte sich nach Lage der Dinge bis Mitte nächster Woche verzögern.

Ueber die inzwischen von dem amerikanischen Abrüstungsdelegierten Norman Davis geführten Verhandlungen verlautet aus französischer Quelle, Norman Davis habe in seiner Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot und mit Kriegsminister Paul-Boncour folgende Lösung vorgeschlagen:

1. Bewilligung der Gleichberechtigung für Deutschland.
2. Diese Gleichberechtigung werde, und zwar durch die Abrüstung Frankreichs und der übrigen Staaten, nicht aber durch die Aufrüstung Deutschlands, erst nach einer gewissen Zeit durchführbar sein, die man dazu benutzen werde, gewisse Sicherheitsgarantien zu definieren und wenn möglich in Kraft zu setzen. Vom französischen Plan werde nur der Punkt festgehalten, der die Erziehung der Reichswehr durch ein Heer mit kurzfristiger Dienstzeit vorsehe.

Das am 23. Juli von der Allgemeinen Kommission der Abrüstungskonferenz angenommene Programm der qualitativen Abrüstung werde sofort angewandt werden und als Ausgangspunkt dienen.

4. Die amerikanische Delegation sei der Ansicht, daß die Verdrängung Frankreichs, der Vereinigten Staaten, Englands und Italiens auf der oben angedeuteten Grundlage möglich sei. Auf diese Weise werde Deutschland keine Zustimmung geben, und andererseits werde Frankreich nicht mehr isoliert sein.

5. Endlich lehne der Plan Norman Davis' den Abschluß eines französisch-italienischen Flottenabkommens vor, mit dessen Schwierigkeiten sich gegenwärtig die Marinemächte befähigten.

Bestätigtes Todesurteil

— Leipzig, 1. Dezember.

Das Reichsgericht verurteilt die Revision des Tagelöhners Josef Joos aus Memmingen, der am 24. September wegen Mordes zum Tode und wegen zweifachen Mordversuchs und Stillschleppens zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Joos, der den Versuch gemacht hatte, sich an seiner 15-jährigen Stiefmutter zu vergewaltigen, fürchtete, daß seine Verbrechen durch seine Frau oder seinen Stiefsohn angezeigt werden könnten. Bei einer Auseinandersetzung am 29. Januar d. J. schrie er mit einem Messer auf seine Frau, auf seinen Stiefsohn und seine Stiefmutter ein, der er die Halskette und den Kehlkopf durchschnitten. Sie starb infolge Verblutens.

Bolles Tormat hat Hunger gegriegt. Er muß was essen. Kurz vor Beginn der zweiten Halbzeit nimmt Karl seine Kameraden noch einmal heran.

„Knoke! Mobil und munter!“ schallt es ihm entgegen. „Gut! Dann heißt die zweite Halbzeit: Kampf! Kein Drängelaufen in die Verteidigung mehr, kein Begnügen mit Abwehr. Kämpfen, auf Tore ausgehen, das Letzte hergeben bis zum Schlupf!“

„Wird gemacht!“ ruft es im Chor. „Ganz gleich, ob wir siegen oder nicht; kämpfen bis auf die Lehte, aber nicht blind schießen. Da nicht das Spiel der Engländer sich aufdrängen lassen. Der linke englische Außenstürmer scheint mir schwächer als der rechte. Der Mittel- und rechte Außenstürmer gleichfalls nicht so gut wie die anderen. Daher die erste Viertelstunde die rechte Seite scharf rannehmen das andere ergibt sich dann.“

Thomas Krott hat den Schiedsrichter aufgesucht. Es ist Fuchs von Tennis-Borussia.

„Herr Fuchs, ich hätte eine Bitte!“ „Ja, und? Sind Sie mit mir nicht zufrieden?“ „Dah! Sehr sogar! Sie verpfänden das Spiel nicht gleich wegen dieser lumpigen Hand. Das gefällt mir. Meine Bitte, das heißt, eigentlich läßt mein Freund Karl von Grobe durch mich bitten, lautet: Wenn Sie abpfeifen, geben Sie erst die Hand in die Höhe und dann pfeifen Sie los.“

„Komischer Wunsch!“ „Aber Sie können es doch tun!“ „Warum nicht? Aber zu welchem Zweck?“ „Das werden Sie dann schon merken. Mit dem Spiel hat es ja nichts zu tun. Werden Sie es machen?“ „Gut, den Gefallen kann ich Ihnen erweisen. Also, Hand hochheben und dann erst pfeifen.“

„Richtig! Wenn zwischen dem Handhochheben und dem Pfiff eine Sekunde liegt, dann schadet's auch nichts.“ „Wird gemacht!“

Thomas Krott ist zufrieden.

(Fortsetzung folgt.)

WOLFGANG MARKEN:

KARL der kleine

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(15. Fortsetzung.)

Gleich wird er ihm den Ball abnehmen! Nein... der Ball fliegt halbhoch, unheimlich scharf, hinüber zum linken Käufer Meyer, genannt „Mumi“.

Meyer, der günstig steht, läuft mit dem Ball vier Schritte und gibt ihn dann, die Engländer täuschend, hinüber zum linken Außenstürmer Göring, dem „Bli“.

Sehr rasch ist er ihm zugespült worden. Göring springt über den Ball, dreht sich halb und zieht im schärfsten Tempo mit ihm die Linie herunter.

Der rechte Verteidiger der Engländer, Lorys, läuft ihn an. Da flinkt „Bli“ sicher vor's Tor.

Gedrange!

Karl springt hoch. Erwischt den Ball mit dem Kopf und

stößt ihn dem Tor zu.

Der Tormann stürzt vor, will den Ball fassen, aber in der Drängelei verfehlt er ihn, fällt zu Boden und der halbrechte Stürmer Zimmermann schießt das Leder mit einem sachten, aber blitzschnell erfassten Stoß ins Tor.

Unhörlicher Jubel! Die Engländer stehen konsterniert. Man versucht, Abwehr zu reklamieren, aber der Schiedsrichter lehnt ab und erklärt, daß alles korrekt war.

Die Engländer sind beim neuerlichen Abstoß etwas nervös. Sie legen jetzt Wollwolle auf und bedrängen scharf das deutsche Tor.

Fünfundzwanzig Minuten lang haben sie mehr vom Spiel, aber die Verteidigung hält Stand, und der Tormann, der alte, besessene Taps, genannt „Pelle“, ist wirklich kein Taps. Er rettet mehrmals.

Der Bolle-Sturm schont sich in der Zeit offensichtlich. Die Hauptarbeit liegt bei der Verteidigung und dem rechten Außenstürmer. Immer wieder versuchen die Engländer, rechts hereinzutreten. Das Spiel hat Tempo, die Engländer

monstrieren eine ausgezeichnete Fußballkunst, verbunden

Aus der Heimat

Stuttgart, den 1. Dezember 1932

Der Dezember im Volksmund

Obwohl der größte Teil des Dezembers noch dem Herbst zugeordnet wird, doch allgemein schon als Wintermonat betrachtet, der stille, graue Geselle, der den doppelten Gehalt an Frost und Kälte, bald heiter und hellhaft ist. Die Dezemberzeit hat sich viel mit dem Dezember befaßt, der reich an Geschichten ist, und die hiesigen Winter- und Sommerfeste für diesen Monat in ihren Proportionen wiederholungsbedürftig.

Ein warmer und trüber Dezember wird als Vorboten der guten Ernte angesehen, andererseits soll ein schneefreier, kalter Dezember einen guten Schnitt versprechen. „Der kalte Dezember ist ein guter Monat“, so heißt es in dem alten Volkslied. „Kalter Dezember mit viel Schnee, der bringt ein gutes Jahr.“ „Heller Dezember mit viel Schnee, der bringt ein schlechtes Jahr.“ „Heller Dezember mit viel Schnee, der bringt ein schlechtes Jahr.“ „Heller Dezember mit viel Schnee, der bringt ein schlechtes Jahr.“

Der Charakter des Dezemberwetters soll aber auch vor allem sein für das Frühjahr. Das sagen die Volksprüche: „Der Dezember, so der Lenz“, „Trüder Dezember, der bringt ein gutes Jahr.“ „Zahlreiche sind die Winterprüche, die die verschiedenen Festtage des Monats andeuten. So heißt es: „Auf Barbara die Sonne weicht, auf Lucia (13.) wieder verschleiert.“ — „Regnet es am St. Nikolaus (6.), so wird der Winter streng und graus.“ — „Wie es Adam und Eva war, so bleibt das Wetter bis zum Ende.“ — „Weihnachten mit Schnee — Ostern im Regen.“ — „Grüne Weihnachten und weiße Ostern.“ — „Weihnachten nach: leere Speicher und leerer Hof.“ — „Fallen in der Christnacht Fäden, wird der Hofen gut besodet.“ — „Weiß dem Wein im nächsten Jahr, wenn St. Stephan (26.) windig war!“ und „Wind der Silvesternacht hat viel Wein gebracht.“

Schadenersatz bei Verkehrsunfällen

In einem Schreiben des preussischen Landwirtschaftsministeriums und Innenministeriums an den Reichsausschuß für Kraftverkehrswirtschaft wird an die Wegebenutzer, insbesondere die Kraftfahrer, die dringende Mahnung gerichtet, bei der Benutzung der Straßen den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung zu tragen und namentlich an mit den Wartungsstellen gekennzeichneten Stellen die Straße nur mit größter Vorsicht und möglichst langsam zu befahren. Bei der schwierigen finanziellen Lage, in der sich die Wegeunterhaltungsbefugten befinden, müsse angenommen werden, daß der Zustand der Straßen noch auf längere Zeit den berechtigten Anforderungen nicht überall genügen werde. Es werde sogar mit einer weiteren Verschlechterung des Zustandes der Straßen gerechnet werden müssen.

Angesichts dieser Verhältnisse dürfe auch von den Kraftfahrern erwartet werden, daß sie der Not der Zeit Rechnung tragen, indem sie nicht unerfüllbare Ansprüche an das Straßenbild stellen und bei der Benutzung der Wege Vorsicht walten lassen, um Verkehrsunfälle zu vermeiden. Ein vorläufiges Fahren liege auch im eigenen Interesse der Kraftfahrer. Denn wenn auch vorläufig die Gerichte geneigt gewesen seien, eine Regresspflicht der Wegeunterhaltungsbefugten bei schadhaften Stellen anzuerkennen, so sei doch zweifelhaft, ob sie an dieser Regresspflicht festhalten würden, wenn die Leistungsfähigkeit der Wegeunterhaltungsbefugten immer deutlicher in Erscheinung trete.

Die Ausgabe der Weihnachtsrückfahrkarten hat die Reichsbahn durch eine längere Vorverkaufsstelle erleichtert. Bereits von Montag, den 12. Dezember, ab sind sie ebenso wie die Platzkarten in den Fahrkartenausgaben und M.R.-Karten zu erhalten. Die Geltungsdauer der Festtagsrückfahrkarten zu Weihnachten und Neujahr ist auf drei Wochen verlängert, und zwar gelten sie zur Einfahrt vom 21. Dezember 0 Uhr an allen Tagen bis zum 1. Januar 24 Uhr (die Rückfahrt muß am 1. Januar um 24 Uhr beendet sein), zur Rückfahrt vom 23. Dezember 12 Uhr an allen Tagen bis zum 1. Januar 24 Uhr (die Rückfahrt muß am 1. Januar um 24 Uhr beendet sein). Sie sind um 33 1/2 v. H. gegenüber den normalen Fahrpreisen ermäßigt und werden für alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn ausgenommen, für die die Ausgabe von Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs möglich ist. Bei Benutzung von Eis- und Schnellzugstickets ist der volle ermäßigte Eis- oder Schnellzugzuschlag zu zahlen.

Wuslfischer Unterhaltungsabend. Es wird uns geschrieben: Auf unsem am 3. Dezember im Hotel „Zur Post“ abends 8 Uhr stattfindenden wuslfischen Unterhaltungsabend machen wir nochmals höflich aufmerksam. Er ist ein reiner Kunstabend unter Mitwirkung des Schultheaters der Oberrealschule II und Wilhelmsschulstadiums sowie einiger Berufsmusiker von Rassel. Die schon von einigen Bürgern gemachte Annahme, daß diese Veranstaltung zum Teil politischen Motiven entspringt, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist lediglich eine reize musikalische Unterhaltung, welche in Rassel nicht nur lebhaften Beifall gefunden, sondern auch seine Neutralität bewiesen hat. Die Veranstaltung findet ihren Abschluß in einem anschließenden Tanzvergnügen. Es wird unser Bestreben sein, alle Gäste, durch unsere Darbietungen bestens zu unterhalten und bitten wir daher „zur Pflege der Kunst“ um rege Beteiligung.

Steuerverpflichtung der Miet- und Pachtverträge. Das Finanzamt schreibt uns: Wie das Finanzamt hier wiederholt feststellt, hat, kommt ein Teil der Hausbesitzer, die Mieter ihrer Verpflichtung zur Versteuerung ihrer Miet- und Pachtverträge nicht nach. Steuerverpflichtung sind alle Verträge dieser Art, wenn die Miete einfließt, aller in sich befindenden Nebenleistungen (Heizung, Hauszinssteuer) der Betrag von 1.000 M. jährlich — bei kürzeren Vertragsdauern umgerechnet auf ein Jahr — übersteigt. Die Versteuerung, zu der sowohl der Vermieter als auch der Mieter verpflichtet sind, hat binnen 2 Wochen nach der Ausstellung des Mietvertrages bei dem Finanzamt zu erfolgen. Bei den bekannten Stempelverteilern zu erfolgen. Die Unterlassung der Versteuerung zieht Verurteilung nach sich.

„Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung“. Prof. Wegmiller für Verhandlung und Vorschlagsende, Veranlassung, Verhandlungsführer usw. 5. Auflage. Von Geh. Rat Dr. C. Wegmiller. Preis: Bei Vorbestellung M. 1,95, per Nachnahme M. 2,25. Zu beziehen durch den Reichsverband des Verfassers: Geh. Rat Dr. C. Wegmiller, Hofel, (Bez. Düsseldorf), Bremenstr. 1. Postfach 1000, Essen 16953. Das Werk trägt einen wichtigen Verbindungsrechnung. Es wird jedem Vorgesetzten von Vereinen, Innungen, Gewerkschaften, Genossenschaften usw. wie überhaupt jedem, der mit dem Organisationsleben zu tun hat, ein wertvoller und unentbehrlicher Ratgeber sein. Der Verfasser, ein alter, erfahrener Praktiker und langjähriger politischer Redakteur im deutschen Reichstag, kennt die Dinge von Grund auf. In klarer, leichtverständlicher Sprache wird über alle tragenden geordneten Fragen erschöpfend Auskunft gegeben. Ganze Verbände und Korporationen haben ihre familiären Vorlesungen und Funktionäre damit ausgestattet. Auch dem bescheidensten Vorgesetzten hat das Werk noch manches neue zu sagen.

Aus Stadt und Land

* **Minister a. D. als Rechtsanwalt.** Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Dietrich ist als Rechtsanwalt bei den Berliner Landgerichten zugelassen worden. Auch der frühere Polizeipräsident von Berlin Dr. Bernhard Weiß hat seine Zulassung als Rechtsanwalt in Berlin beantragt.

* **Politische Zusammenstoß in Berlin.** In einem kommunistischen Verkehrslokal in der Pflugschneidestraße im Norden Berlins kam es zu einem Streit zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in dessen Verlauf einige Schüsse fielen. Ein Kommunist, der 19jährige Kellner Otto Möhle, erhielt einen Schuß in die Schulter, ein anderer Kommunist, der 34jährige Kellner Joseph Grassel, wurde durch Schläge erheblich am Kopf verletzt.

* **Für 30 000 RM Schmutz aus dem Kraftwagen eines Goldwarenhändlers gestohlen.** Eine traurige Entdeckung mußte ein Goldwarenhändler aus Leipzig, der seinen Personalkraftwagen in Berlin unbewacht gelassen hatte, feststellen. Als der Kaufmann, der nur kurze Zeit vom Wagen fortgegangen war, wieder zurückkehrte, mußte er die Entdeckung machen, daß aus dem verschlossenen Wagen drei braune Ledertaschen verschwunden waren. In den gestohlenen Koffern befanden sich mehrere tausend Ringe, Mundstuckhalter, Zigarettenetuis, Feuerzeuge und andere Gegenstände. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt etwa 25 000 bis 30 000 RM.

* **Unter Nordverhaftet verhaftet.** Von der Berliner Kriminalpolizei wurde der 47 Jahre alte Schlichter Albert Mehlfisch unter Nordverhaftet verhaftet. Mehlfisch ist verheiratet, die 39 Jahre alte Elisabeth Mehlfisch, mit der er zusammenlebt, in der Nacht zum 24. November in einer gemeinsamen Wohnung in der Kolonie „Land und Sonne“, Hohenschönhausen, Wartenberger Weg, erdrosselt zu haben.

* **Aus der Haft entlassen.** Nachdem schon der der Amtsunterhaltung und der Beteiligung an den Eisenbahnnotizen bei Braunschweig beschuldigte Reichsbahnhöfsekretär Reth aus Braunschweig aus der Haft entlassen worden war, ist nunmehr auch der in der gleichen Angelegenheit verhaftete Reichsbahnhöfseinspektor Karl Weich aus Magdeburg freigelassen worden. Offenbar hat sich der Verdacht gegen beide Beamten nicht aufrechterhalten lassen.

* **Drei Fischer ertranken.** Nordwestlich von W a r n e münde ist ein Fischkutter gesunken. Drei Personen aus Ribnitz haben den Tod in den Wellen gefunden. Zwei von ihnen waren Schiffsbesitzer der Handelsmarine und seit längerer Zeit ohne Anstellung. Sie hatten sich ein offenes Boot gekauft, um durch Fischerei einigen Verdienst zu finden.

* **Selbstmord eines ostpreussischen Rechtsanwaltes in Berlin.** Der Rechtsanwalt und Notar Maximilian Preußischer von Falkenstein aus Rastenburg hat sich in einem Berliner Hotel erschossen.

* **Selbstmord nach einer Kassenprüfung.** Der 53 Jahre alte Stadterwerbsinspektor Oskar Daemmerich in Weidau wurde mit einer Schußwunde im Kopf als Leiche aus der Mulde geborgen. Er liegt Selbstmord vor. Daemmerich führte die Verwaltungsgeschäfte der städtischen Heil- und Fürsorgeanstalt, in der eine Kassenprüfung stattfand. Kurz darauf entfernte sich Daemmerich aus den Diensträumen und beging Selbstmord. Ob Verletzungen Daemmerichs vorliegen, ist noch nicht bekannt.

* **Tumult in der Frankfurter Stadterwerbsversammlung.** Vor Beginn der Stadterwerbsversammlung in Frankfurt a. M. durchzogen Scharen von Erwerbslosen das Rathaus umgebenen Straßen unter ständigen Rufen: „Hunger! Hunger!“ Während aber auf der Straße eine gewisse Ordnung aufrechterhalten werden konnte, kam es im Stadterwerbsversammlungsraum zu tumultuarischen Szenen. Als ein Tribunenbesucher von der Galerie entfernt werden sollte, widerlegte er sich, so daß die völlige Räumung der Galerie angeordnet wurde. Diese Vorgänge führten unter ungeheurem Lärm nur sehr langsam und zumeist unter Anwendung von Gewalt.

* **Duisburg muß seine Zinszahlungen aufschieben.** Die Stadt Duisburg-Hamborn sieht sich bei den noch immer steigenden Kosten der Wohlfahrtspflege zur Zeit außerstande, die am 1. Dezember fälligen Zinsseine der Duisburger Sieben-Millionen-Anleihe von 1928 einzulösen.

* **Der Hühnerfall als Falschmünzerverkettung.** Im Dorfe Bracht (Niederrhein) hob die Kriminalpolizei eine Falschmünzerverkettung aus, die in einem Hühnerfall untergebracht war. Die Beamten fanden fertige Falschmünzen, Formen, Tiegels, Metall, überhaupt alles, was zur Falschmünzerei erforderlich ist. Mehrere Verdächtige wurden festgenommen.

* **Millionenerbschaft einer Neunzigjährigen.** Eine 92-jährige Witwe, die in einem ländlichen Dorfe wohnt, hat dieser Tage die Mitteilung erhalten, daß sie an einer Erbschaft von 420 Millionen Francs beteiligt ist, die ihre in Amerika verstorbene Schwester hinterlassen habe.

* **Auf einem Jagdausflug tödlich verunglückt.** Der Kraftwagen dreier Meßer Kaufleute, die einen Jagdausflug gemacht hatten, verunglückte in der Nähe des Meßer Friedhofs. Der Wagen verbrannte. Einer der Anwesenden kam in den Flammen ums Leben, ein zweiter Insasse wurde herausgeschleudert und ebenfalls tödlich verletzt. Der dritte ringt mit dem Tode.

* **Neue Ausschreitungen in Polen.** Am Dienstag kam es in mehreren polnischen Städten erneut zu jüdischen Ausschreitungen. In Lemberg wurden nach dem Ergebnis des ermittelten polnischen Hochrichters wieder Überfälle auf Geschäfte und Kaufmanns verübt. An dem

Ergebnis nahmen über 2000 Studenten und etwa 60 000 Menschen teil. Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen wurden etwa 50 Personen festgenommen. Viele Verletzte mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Auch auf den Hochschulen in Warschau, Wilna, Krakau und Genschochau kam es zu blutigen Zusammenstößen.

* **Russischer Stratosphärenflug?** Der sowjetrussische Gas- und Luftschiffverband beschäftigt im nächsten Frühjahr mit einem bereits im Bau befindlichen Ballon einen Flug in die Stratosphäre zu unternehmen. Man hofft, eine Höhe von 20 Kilometern zu erreichen.

* **Todessturz ins Meer.** Ein eifriges Militärflugzeug stürzte aus dem Rückflug aus Helsingfors ins Meer. Der Pilot, ein Major, fand den Tod.

* **Die alte Heilbronner Hütte in den Alpen abgebrannt.** Die im Jahre 1908 von der Alpenvereins-Sektion Heilbronn in den Defler Alpen erbaute Heilbronner Hütte ist durch einen Brand eingestürzt worden. Nach der Abtrennung Südteils wurde die Hütte nach der Stadt Verona umbenannt. Ueber die Brandursache ist nichts bekannt.

* **Wertpapiere für eine halbe Million Dollar geraubt.** In der Neupolster Continental-Bank wurde ein eigenartiger Raub verübt. In der Bank vermisste man plötzlich fünf von der Bundesregierung ausgegebene Liberty-Bonds (diese Bonds entsprechen unserer Kriegsanleihe) im Werte von einer halben Million Dollar, die spurlos verschwunden waren. Man nimmt an, daß sich das Verbrechen auf gebildete Räuber in der Nähe des Rassenhofers ausgefallen haben, die die Tat unbemerkt ausgeführt haben. Sofort eingeleitete polizeiliche Nachforschungen blieben bisher erfolglos.

90 000 Mark veruntreut

Gefängnisurteil gegen einen Alpenvereinsfunktionär.

— Dresden, 1. Dezember.

In der Kassenverwaltung der Sektion Dresden des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins wurden, wie letzterzeit berichtet, im Juli dieses Jahres umfangreiche Buchführungen und Unterhaltungen festgestellt, die der langjährige Kassierer des Vereins, Emil Ansfoul, nach und nach begangen hatte.

Die veruntreute Summe beläuft sich auf etwa 80 000 bis 90 000 Mark.

Ansfoul, der nach Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten zunächst nach Wien geflüchtet war, kam dann wieder zurück und stellte sich hier der Polizei. Er hatte sich jetzt vor dem Dresdner Schöffengericht zu verantworten. Die Anklage lautet auf Untreue, schwere Privatunterschlüsse und Unterschlagung.

Das Gericht verurteilte Ansfoul wegen gewinnstüchtiger Untreue und Unterschlagung in Tateinheit mit Unterschlagung zu insgesamt drei Jahren und drei Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre. Die Unterschlagungshat wird angedeutet. Dagegen wurde die Zubilligung einer Bewährungsstrafe abgelehnt.

Beratung der Zentrumsfraktion

Für Schaffung einer Not- und Arbeitsgemeinschaft.

— Berlin, 30. November.

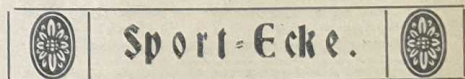
Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt ihre erste Sitzung nach den Neuwahlen ab. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Prälat Kaas, berichtete über die politischen Ereignisse der letzten Monate und Tage. Dem Bericht folgte eine längere Aussprache, in die u. a. auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning eingriff. Am heutigen Mittwoch wird die Fraktion rein geschäftsmäßige Fragen behandeln, wie die Beteiligung der notwendigen Ausschüsse.

Zum Schluß der ersten Fraktionsberatung wurde noch eine Entschließung angenommen, mit der die Fraktion die Haltung der Parteiführung einmütig billigt und ihr das volle Vertrauen ausspricht. Weiter bekennt sich die Fraktion in dieser Entschließung zu einer Not- und Arbeitsgemeinschaft im Reichstag.

„Nur auf diesem Wege“, so heißt es in der Entschließung, „kann dem Reiche in dieser gefährlichen Zeit eine sichere, vom Volkstrauen getragene, verfassungstreue und soziale Staatsführung und dem erschütterten Wirtschaftsleben die notwendige Beruhigung gegeben werden.“

Warenmarkt.

Mittagsbörsen. (Anteil.) Getreide und Vorräte per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Cassen: Weizen März 193—195 (am 20. 11. 194—196), Roggen März 154—156 (154—156), Braugerste 170—180 (170—180), Futter- und Industriegetreide 161—168 (161—168), Hafer März 124—129 (125 bis 130), Weizenmehl 24,10—27 (24,10—27), Roggenmehl 19,75—22,10 (19,75—22,10), Weizenklein 9,45—9,75 (9,45 bis 9,75), Roggenklein 8,75—9,10 (8,75—9,10), Vorräte 21 bis 26 (21—26), kleine Speiseerbsen 20—23 (20—23), Futtererbsen 14—16 (14—16), Leinöl 10,10—10,20 (10,10—10,20), Erdnussöl 10,70 (10,70), Erdnussmehl 11 (11), Strohstängel 8,90 (8,90), Sojabohnenspross 10—10,80 (10,10 bis 10,80).



Sport-Ecke.

Fußball.

Fußschule — Arb. To. Jahn 1. 3:1.

Die 1. Mannschaft des Arb. To. Jahn hatte die Fußschule zu einem Fußball-Freundschaftsspiel eingeladen, das in überraschender Weise von der Fußschule mit 3:1 gewonnen wurde. Gleich zu Beginn sicherte sich die Fußschule die Führung durch 2 Tore. Diesen Vorsprung hielt sie bis zum Schluß.



Weiße Zähne: Chlorodont
die Zahnpaste die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Aus dem Gerichtssaal

Wegen unheimlicher Kindesmishandlung in zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Mit einem Fall schrecklicher Kindesmishandlung hatte sich das Schwurgericht in Regensburg zu befassen. Angeklagt war der 34jährige Arbeiter August Willst von Radmoos bei Mitterfels. Er war am 17. April sein 14 Monate altes Stiefkind, das vollständig verwahrloßt und vernachlässigt wurde und deshalb weinte, mit solcher Wucht gegen eine Hauswand, daß dem Kind die beiden Vorderarmknochen und ein Unterarmknochen gebrochen wurden. Auch schwere Kopfverletzungen und eine Brustverletzung wurden festgestellt. Das Kind starb infolge der erlittenen Mißhandlung. Das Schwurgericht verhängte eine Strafe von 10 Jahren Zuchthaus.

Französisch-russischer Pakt unterzeichnet

— Paris, 30. November.

Ministerpräsident Herriot und der Sowjetbolschewist in Paris unterzeichneten den französisch-russischen Nichtangriffspakt.

Bei der Unterzeichnung des Vertrages überreichte der russische Bolschewist dem französischen Ministerpräsidenten eine Erklärung, die die Umwandlung der Regierung weiterzuleiten. In dieser Erklärung betont Russland seine Bereitwilligkeit, innerhalb von vier Monaten, auch mit Rumänien auf der Grundlage des zwischen dem russischen Volkskommissar Litwinow und dem rumänischen Generalen in Warschau getroffenen Vereinbarungen einen Nichtangriffspakt mit Rumänien zu unterzeichnen. Gleichzeitig betont die russische Regierung in dieser Erklärung, daß sie Streitigkeiten nicht durch Gewalt lösen und ihre Verpflichtungen aus dem Kriegsausgleichsvertrag (Kellogg-Pakt) wahrnehmen will.

Arbeitsamt und Arbeitszeit

Einladung der Mühle zu einer Vorkonferenz.

— Genf, 30. November.

Das Internationale Arbeitsamt hat alle Staaten auf den 10. Januar zu einer Vorkonferenz über die Frage eingeladen, wie durch Herabsetzung der Arbeitszeit eine Milderung der Arbeitslosigkeit ermöglicht werden kann. Die Untersuchungen der Konferenz werden sich lediglich auf die Industrie, den Bergbau und auf die Arbeitszeit der Angestellten erstrecken. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz und gegebenenfalls auch der Weltwirtschaftskonferenz zugeleitet werden.

Willi treibt Luxus

Eine Abendsgeschichte.

Willi, wir brauchen keinen Nachnamen nicht zu wissen, hat leere Taschen. Er ist also nur einer von Millionen, deren Schicksal von der Stempelkarte bestimmt wird. Schade Willi, der seiner Familie und sich auch gar nichts mehr gönnen kann, hat oftmals eine heimliche Sehnsucht nach etwas Glanz, nach etwas Luxus. Wenn er die Unfähigkeit dabei nicht mehr aushält, dann bunt-

miert er durch die Stadt, in der es in dieser Zeit vor Weihnachten so viel zu sehen gibt. Da locken in den Schaufenstern lauter unerreichbare Dinge. Er denkt dabei nicht an Pelzmäntel und Schmuckstücke, die gar nicht in sein Lebensbudget gehören, so unbedeutend ist Willi nicht, aber da liegen ein paar mollige mit Kamelhaar gefütterte Überhandschuhe, die er gern über die frostsicheren Hände seiner Frau streifen möchte, und wenn sein Magen einmal empfindlich faulert, dann bietet er vor einer Lebensmittelhandlung stehen.

Willi sucht er. Ein eleganter Herr mit markanten Gesichtszügen kommt ihm entgegen. Unwillkürlich strahlt ihm seine Haltung in frohem Erkennen: „Guten Tag, Herr Hauptmann!“

Der vornehme Herr blinzelt ihn kühl und durchdringend an, aber nur wenige Sekunden, dann mildert sich die Füge im gleichzeitigen Erkennen: „Guten Tag, Willi, na wie geht's dir alter Junge?“

„Schlecht, Herr Hauptmann!“

„So, so,“ entgegnet der Angesprochene, „nun laß erst mal den Hauptmann weg, jetzt bin ich nur noch Herr Brintmann, verstanden?“

„Zu Befehl, Herr Hauptmann!“

Brintmann muß über den sofortigen Rückfall ins Militärliche lachen, aber von Herzen freut er sich, einen seiner besten Leute wiederzusehen. Ihn löst nicht die ärmliche Kleidung Willis, denn er kennt das Herz, das unter dem schäbigen Rocke schlägt. So gehen die beiden nebeneinander. Willi muß von seinem Nachkriegsleben berichten, und Brintmann freut sich, daß er hier helfen kann: „Also, Willi, morgen kommst du um 11 Uhr in mein Bureau.“ Zum Abschied drückt Brintmann dem Kriegsgesährten einen Fünfzigmarktschein in die Hand.

Willi kann seinen Pant nur stottern, so unwillkürlich erscheint ihm diese Begegnung. Brintmann ist längst im Gewühl der Stadt verschwunden, aber der Schein, den Willi in der Hand hält, beweist es ja, daß alles kein Traum war. Wie anders sieht die Welt auf einmal aus, wie fröhlich und weihnachtlich, und Willi zieht los. Zuerst kommt das Handbühngeschäft an die Reihe, der Hasenbraten kann bis Weihnachten warten, aber für die Familie wird trotzdem ein großes Lebensmittelpaket eingekauft. Reich bepackt, wie ein wohlhabender Bürger geht Willi weiter. Er muß vor Glück erst einmal verschlucken. „Ach was,“ denkt er, „einmal darf ich leichtsinnig sein.“ Kurz entschlossen geht er in ein gutes Restaurant: „Bitte einmal Gänsebraten.“ Herrlich schmeckt es, dann noch ein schäumendes Bier und eine dicke Zigarre. „Es ist nur gut, daß mich jetzt der Hauptmann nicht sieht,“ murmelt er vor sich hin, „er würde mich für einen unwürdigen Verschwender halten.“

Willis Gedanken wurden jäh unterbrochen. Der Zufall hatte ihm einen schlechten Streich gespielt, denn plötzlich stand Brintmann vor ihm, hart und kalt: „So gehst du mit dem Gelde um, Willi, die Zeiten sind zu ernst, um einem Verschwender zu helfen, auch wenn er ein Kriegskamerad ist. Also, es erübrigt sich wohl, daß wir uns morgen treffen?“

Willi war wie vom Donner gerührt, alle Abendsfreude war wie weggeblasen, aber die Angst gab ihm Mut: „Herr Hauptmann, noch ein Wort!“

„Bitte,“ klang es kalt zurück.

„Herr Hauptmann, wissen Sie noch, wie wir wachsend an der Sonne und an feinem Gold mehr glanzvoll und dennoch kamen wir aus den zerbrochenen Scherben unsere ganze erprobte Erfahrung auf den Kopf gehoben vor Freude, Herr Hauptmann, die lange Abwesenheit hatte alle Kräfte meiner Hoffnung eingeerodert, da kommen Sie. Verzeihen Sie jetzt den Luxus dieser einen Stunde.“

Brintmann verstand: „Gut, Willi, komm morgen, ich habe eine Stellung für dich, aber nun ist es Schluß mit dem Luxus!“

Wieder klang es zurück: „Zu Befehl, Herr Hauptmann!“, und der Befehl wurde sofort ausgeführt. Willi eilte nach Hause und brachte Glück und Freude seinen Freunden, die lange nicht mehr in der kalten Kälte gelebt hatten: „Mutter, an diese Lebensveränderung zu leben, aber der Luxus eines Gänsebratens, eines Biers und einer dicken Zigarre hätte beinahe alles wieder zerstört.“

Jörg Reiter - 1932.



Die neue englische Uniform

hat, wie das Bild zeigt, betont sportlichen Charakter. Gegenüber der alten Uniform besitzt die neue Herrekleidung, die aus Kridelhemd, Jacke mit offenem Kragen und Knickerbockers besteht, den Vorteil eines erheblich leichteren Gewichts.

Zum Festkuchen sämtliche Zutaten

Weizenmehl 5 Pfd. Bil. 0,90 Mk.

Sultanien calif	• 1 Pfd. 0,45 Mk.
Sultanien helle	1 Pfd. 0,60 "
Corinthen	1 Pfd. 0,60 "
Riesen-Mandeln	1/4 Pfd. 0,35 "
Haselnußkerne	1 Pfd. 0,90 "

Margarine 1 Pfd. 0,28 Mk.

Backöl	1 Ltr. 0,46 Mk.
Salatöl	1 Ltr. 0,48 "
Cocosfett	1 Pfd. 0,28 "
Kunstthong	1 Pfd. 0,40 "

Puddingpulver 1 Pfd. 0,35 "

Citronat 1/4 Pfd. 0,25 "

Syrup 1 Pfd. 0,35 "

Haselnüsse 1 Pfd. 0,40 "

Walnüsse 1 Pfd. 0,45 "

Hess. Lebensmittelhaus

Spongenberg

Markt

Musikalischer Unterhaltungsabend

am Sonnabend, den 3. Dezember abends 8 Uhr.

Hotel Heinz anschl. Tanz

Eintrittspreise:
Erwachsene 75 Pfennig
Schüler 50 Pfennig

Der Reinertrag der Veranstaltung fließt der Winterhilfe zu. Um rege Beteiligung bitten

Die Veranstalter.

Lesst Euer Heimatblatt.

Von heute ab:

Beste Qualität Rindfleisch	60 Pfg.
Schweinefleisch	60—80 "
Kalbsteck	60 "

Alle Sorten Wurstwaren in bekannter Güte zu billigsten Preisen.

Wilhelm Holzhauer.



Musikalischer

Unterhaltungsabend!

Otto Gossel, der Mitveranstalter des musikalischen Abends, der unter Leitung von Fräulein Thea Spangenthal, am 3. Dez. im Hotel Heinz stattfindet, gibt sich als Nationalsozialist aus, ohne einen Nachweis einer Mitgliedschaft zur NSDAP erbringen zu können. Wir müssen deshalb, zur Wahrung berechtigter Interessen, alle Parteigenossen und Anhänger unserer Bewegung in Stadt und Land, vor den Werbungen dieses Mannes und seiner Beauftragten, der der Nationalsozialismus als Kellnerschild für seine Veranfassung benutzt, warnen, da die Annahme besteht, daß dieser Herr auch anderen Personen gegenüber, sich als Nationalsozialist ausgibt.

Ortsgruppe Spangenberg der NSDAP.

Heute Abend 9 Uhr Mitgliederversammlung im Ratsteller.

Losholz 1933.

Anmeldung des Anspruchs in der Ratstellerversammlung (10 bis 12 Uhr):

Montag, den 5. 12. 1932, Buchstabe A—K

Dienstag, den 6. 12. 1932, Buchstabe L—Z

Annehmbare Bürgen sind mitzubringen. Die Anmeldung verpflichtet zur Abnahme des Losholzes.

Spangenberg, den 30. November 1932.

Der Magistrat, Stein.

Bestellungen auf

Weihnachtskarpfen

erbitet schon jetzt

Hess. Lebensmittelhaus.

2 Vierzimmerwohnungen

mit Zubehör in schöner

sonniger Lage

zu vermieten

Fenner.

Gut

möbl. Zimmer

mit oder ohne Verpflegung, zentral gelegen, an Dame oder Herrn sofort preiswert zu vermieten.

Zu erfragen in der Geschäftsst. der Spangberg Zeitg.

Chorverein

„Liebestränken“

Donnerstag Abend

1/9 Uhr

Gesangsstunde

Vollständiges Gesangsbuch unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

Inseriert!

Kirchensteuer.

Gebeterrn Freitag, den 2. 12. 1932 in der Rathaus Wirtschaft von 9—2 Uhr. Die fällige Pacht wird gleichzeitig erhoben.

Spangenberg, den 1. 12. 1932.

Siebert, Provisor.

Fleischbezugscheine für den Monat Dezember 1932.

Die Ausgabe der Fleischkarten für Monat Dezember 1932 erfolgt Freitag, den 2. Dezember, 10 Uhr im Zimmer 3 des Rathauses.

Spangenberg, den 1. 12. 1932.

Der Bürgermeister, Stein.

Inserieren bringt Gewinn.